

8. VII. 1916

Eine Erklärung der sächsischen Sozialdemokraten.

Nach Mitteilungen in der Presse hat kürzlich in Chemnitz ein Vertretertag der nationalliberalen Partei Sachsens stattgefunden, der sich unter anderem auch mit der Frage der Beendigung des Krieges beschäftigte. In einer Besprechung der allgemeinen Lage führte der Referent aus, „daß ein dauernder Friede nur durch eine wirksame Erweiterung unseres Machtgebietes in Europa und die Schöpfung eines geschlossenen Kolonialreiches herbeigeführt werden könne“. Und die Entschliehung, die dort angenommen wurde, enthält dieselbe Auffassung in noch schärferer Form. Dort wird die Uebereinstimmung mit dem Zentralvorstand der nationalliberalen Partei Deutschlands der Meinung Ausdruck gegeben, „daß solchen Opfern nur ein solcher Friede entsprechen könne, der die militärische, politische und wirtschaftliche Machtstellung Deutschlands sichert, und daß diese Sicherung nur gegeben ist, wenn die Land- und Seegrenzen des deutschen Machtbereiches in Ost und West und in Uebersee hinausgeschoben werden“.

Die Landesparteileitung der Sozialdemokratie Sachsens fühlt sich veranlaßt, wie sie in den Blättern erklärt, „öffentlich

den schärfsten Protest gegen diese Annektionstrebungen einzulegen, die geeignet sind, den Widerstand der gegen Deutschland kriegführenden Länder geradezu aufzupeitschen und den Krieg bis zur Erschöpfung aller kriegführenden Länder zu verlängern. Es muß vielmehr alles geschehen, um den kulturmörderischen Krieg so schnell als möglich zu beenden, umso mehr, da alle Völker mit großer Sehnsucht den Frieden herbeiwünschen. Die Sozialdemokratie hält fest an ihrer prinzipiellen Verwerfung aller Annektionen, die, wie die Geschichte lehrt, nur den Keim zu neuen Kriegen legen“.